

Krakauer Zeitung.

Nr. 234.

Freitag, den 11. October

1861.

Die Krakauer Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergeschwungenen Seite für 7 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Einladung zur Pränumeration auf die „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. October 1861 begann ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1861 beträgt für Krakau 4 fl. 20 kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der allerhöchsten Entschließung vom 2. October d. J. den Nachbenannten die Bevollmächtigung allerhöchst zu ertheilen geruht, die denselben verliehenen fremden Orden anzunehmen und tragen zu dürfen, und zwar:

Dem General-Major, Emerich Fürsten von Thurn und Taxis, und dem Obersten, Leopold Freiherrn v. Gabelsheim, des Husaren-Regiments König von Preußen Nr. 10, das Komturkreuz des Verdienst-Ordens der königlich bayerischen Krone; den General-Majors: Joseph Fabrisch und Wilhelm Freiherrn Lenk von Wolfsberg, den königlich preußischen rothen Adler-Orden zweiter Klasse;

dem Obersten, Geltor Freiherrn von Holzhausen, Kommandanten des Infanterie-Regiments Erzherzog Heinrich Nr. 62, das Ehren-Ritterkreuz des fgl. preußischen Johanniter-Ordens;

dem Oberstleutnant, Leopold Hoffmann, des Artillerie-Komites, dem Major, Franz Ritter von Uchatins, und dem Hauptmann erster Klasse, Johann Krause, der technischen Artilerie, den kgl. preußischen rothen Adler-Orden dritter Klasse;

dem Blas-Major zu Salzburg, Alex. Freiherrn v. Welben, das Ritterkreuz erster Klasse des großherzoglich hessischen Ludwig-Ordens;

dem Hauptmann, Joseph Moshammer, des Pensionsstandes, das Ritterkreuz erster Klasse des großherzoglich hessischen Philipps-Ordens;

dem Major, Karl Hanke v. Hakenstein, des Infanterie-Regiments Erzherzog Wilhelm Nr. 12, und dem Major, Johann Hummel, des Infanterie-Regiments Erzherzog Sigismund Nr. 45, das Ritterkreuz des großherzoglich badischen Ordens vom Zähringer Löwen;

den Hauptleutnant erster Klasse: Joseph Lang, des Artillerie-Komites und Friedrich Müller, des Reserve-Artillerie-Regiments Erzherzog Wilhelm Nr. 6, dann

dem Unterleutnant zweiter Klasse, Naimund Kaspar, der technischen Artillerie, den königlich preußischen rothen Adler-Orden vierter Klasse;

den Unterleutnants zweiter Klasse: Theodor Ritter von Mayer, des Artillerie-Regiments Freiherr von Swinck Nr. 5, und Alois Franz, des Artillerie-Regiments Wilsdorf Nr. 8, das Ritterkreuz des päpstlichen Pius-Ordens;

dem Kadetten, Vincenz d'Esquivelle, des 9. Feld-Jäger-Bataillons, das Ritterkreuz erster Klasse des königlich sicilianischen Ordens Franz I., und

dem Führer, Qua-Feldwebel Franz Freiherrn Gall von Gallenstein, des Infanterie-Regiments Prinz Holstein Nr. 80, den päpstlichen Sylvester-Ordens.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 11. October.

Die Pariser ministeriellen Blätter mühlen sich ab, der Höflichkeitssvitte des Königs von Preußen den politischen Lustre zu geben, allein es fehlt das Zeug dazu. Unvergleichliches leistet das „Pays“, das den Beweis führt, „Preußen habe und thue nichts, was Frankreich Eifersucht oder Befürchtungen zu erregen im Stande wäre, um zu dem Schluss zu gelangen, daß mit der Politik des Friedens und des Fortschrittes, welche das Ideal unserer Zeit ist, Frankreich und Preußen sich gegenseitig achten, und sich den freundlichen Händedruck geben, welchen der Kaiser Napoleon und der König Wilhelm in Baden gewechselt und so eben in Compiegne erneuert haben.“

Wie man vernimmt, hat Thouvenel aus Anlaß des Besuches des Königs von Preußen eine Note an die Mächte gerichtet, um allen etwaigen Befürchtungen entgegen zu treten.

Das belgische Blatt „l'Echo du Parlament“ versichert, daß der König der Niederlande dem König Leopold im Laufe dieses Monats einen Besuch abstatten werde. Die Zusammenkunft der beiden Monarchen soll in einer Provinzialstadt stattfinden, die noch nicht genau bestimmt ist, aber aller Wahrscheinlichkeit nach Lüttich sein dürfte.

Wie man der W. C. aus Paris schreibt, wäre dort in den maßgebenden russischen Kreisen in der jüngsten Zeit eine mehr als gewöhnliche Zuverlässigkeit des französischen Kabinetts wahrgenommen worden. Keine Gelegenheit wurde verabsäumt und die entfernt liegende mit verdächtiger Eile ergriffen, um die herzlichsten Beziehungen zwischen Frank-

reich und Russland zur Schau zu tragen. Lobeshymnen auf die Reformbestrebungen des Kaisers Alexander gingen Hand in Hand mit der entschiedensten Verurtheilung der polnischen Agitation. Noch in den letzten Tagen des September ergriff Herr v. Thouvenel die Initiative, um einen Zeitungsbericht aus Warschau in den Fingern haltend, die Bewunderung des Kaisers für die weise Geduld auszudrücken, welche Napoleon für die weise Geduld ausdrückt, und welche Russland im Königreiche Polen einer schwachvollen revolutionären Propaganda gegenüber zu beobachten wisse, ohne sich in seinem ruhmvollen, besonnenen Fortschrittswerke irre machen zu lassen. Herr v. Thouvenel schloß mit einem so nachdrücklichen Glückswunsche in des Kaisers und seinem Namen, daß der Adressat desselben nicht umhin konnte, sofort die Absendung eines besondern Couriers an den Kaiser Alexander zu vermittelten. Nicht mit gleicher Bestimmtheit verlautet, daß Herr v. Thouvenel die Frage ziemlich unverhüllt gestellt haben soll: ob nicht bald die Zeit gekommen sein dürfe, jene weise Geduld in die Bahn einer heilsamen Energie einzulenken, um Explosionen zuvorzu kommen, die eine öffentliche Gefahr für Europa schaffen. Die russischen Kreise, etwas frappirt über dieses Auftreten des Hrn. v. Thouvenel, dem vielseitige andere kleine Büge genau entsprechen, warten geduldig das Stück ab, dessen Vorspiel sie zu erleben meinen. Vielleicht ist es in der Brochüre zu finden, die zum Empfange des Königs Wilhelm von Preußen vorbereitet wurde und eine Sprache über Russland führt, die von vornherein einer intimen Interpretation bedarfte.

Die „Karlsruher Zeitung“ ist ermächtigt, ausdrücklich zu erklären, daß der Artikel im „Journal des Débats“ vom 26. v. Mts., welcher irrthümlicher Weise von mehreren deutschen Blättern dem seit längerer Zeit in großer Zurückgesetztheit zu Baden lebenden Herrn Ad. v. Bacourt zugeschrieben wird, nicht von ihm herführt. Herr v. Bacourt ist eben so sehr jeder politischen Polemik fremd, als er auch die in dem gedachten Aufsatz entwickelten Ansichten und Gedanken nicht zu den seinigen machen kann.

Nach den „Débats“ haben die Unterhandlungen bezüglich des französisch-italienischen Vertrages noch nicht begonnen. Es haben bis jetzt nur Eröffnungen von Seiten Italiens stattgefunden, die von Frankreich angenommen worden sind. Die Unterhandlungen werden erst nach der (bereits gemeldeten) Ankunft des Herrn Garutti in Paris beginnen. Es war demnach weder die Rede davon gewesen, noch konnte die Rede davon sein, den Vertrag von Paris nach Turin oder ohne Bemerkungen, zurück zu senden.

In Turin soll wieder einmal eine Ministerkrisis aushergebrochen sein. Ricasoli, heißt es, tritt zurück und Ratazzi und Garini würden ins Ministerium treten. Der General Graf della Rocca, Senator und erster Adjutant des Königs Victor Emanuel, ist auf seiner Reise nach Königswberg in Paris angekommen. In seinem Gefolge befinden sich die königlichen Offiziere Graf Robillant, Marquis Cocco-nitto, Marquis Pallavicino, Graf Giannotti und Graf

Gigala.

Wir haben seiner Zeit die von dem Spanier Bories erlassene Proclamation erwähnt, die er nach seiner Landung in Kalabrien an die dortige Bevölkerung gerichtet hat. Die Turiner „Opinione“ befürchtet diesselben, anerkennt ihre Authentizität und überrascht ihre naiven Leser mit der geschilderten Entdeckung, daß der Druck ganz identisch mit den Lettern der kaiserlichen Staatsdruckerei in Wien sei.“ (Mit Genius wird der revolutionäre Philister aller Lande glauben, daß General Bories seine Proclamationen in der Staatsdruckerei zu Wien drucken läßt. Dieser tapfere Carlo-Offizier lebte Jahre lang bis ganz vor Kurzem als spanischer Sprachlehrer bescheiden zu Paris).

Von Seite der Schutzmächte sollen in Athen Noten eingelaufen seien, welche kategorische Geldforderungen enthalten. In gut unterrichteten Kreisen spricht man von zwei anderen diplomatischen Noten; eine von England, betreffend die Vorgänge an der griechisch-türkischen Grenze mit der unumwunden ausgesprochenen Drohung einer Okkupation Griechenlands, wenn die Nordgrenze nicht als Grenze geachtet würde — eine zweite Note, und zwar von Frankreich, protestirt energisch gegen das standlose Gesetz über die gemischten Ehen, und macht für dessen Folgen die griechische Regierung verantwortlich.

Einige Auslassungen der dänischen Presse über das Verhältnis Schwedens zu Dänemark, über die Bedingungen, die Zwecke und Ziele eines Bündnisses zwischen den skandinavischen Staaten veranlaßt

ziemlich unumwundenen Erörterung der betreffenden Fragen. Das genannte Blatt, das Organ der meiste schwedischen als scandinavischen Partei, welche auf dem letzten Reichstage in allen vier Ständen eine ziemlich starke Majorität hatte, erklärt sich damit einverstanden, wenn man von dänischen Seite die Aufrechterhaltung des dänischen Grundgesetzes und des dänischen Besitzstandes „bis zur Eider“ als Bedingung seines nun für ein scandinavisches Bündnis aufgestellt, und acceptirt in diesem Stücke vollständig das dänische Programm; doch verlangt dafür Mya Dagligt Allehanda, daß man sich auch dänischerseits nicht darüber täusche, wie Schweden nur, wenn das Bündnis zugleich weitergehende Zwecke und Ziele, bzw. die Beweckstaltung einer Union selbst, im Auge habe, sich zu einer Allianz mit Dänemark verstehen könne. Eine bloße Defensivallianz, wie das Kopenhagener Fäderland sie wünsche, könne und werde Schweden nicht eingehen.

Auch mit Holland hat Schweden jetzt eine Uebereinkunft über das Passwesen zu Stande gebracht. Schweden und Norweger, die in Holland reisen, dürfen fortan keines Passes mehr, sondern haben sich blos mit einem beliebigen Documente zu ihrer Legitimation zu versehen, durch welches sie nöthigenfalls die Identität ihrer Person nachzuweisen im Stande sind. Die Republik Peru hat auf diplomatischem Wege gegen die Annexion von St. Domingo an Spanien Verwahrung eingelegt. Im Angesicht — so soll es nach dem Pays in dem Actenstücke heißen — der Agitationen, welche das Madrider Cabinet in den meisten Freistaaten von Südamerika zu verbreiten sucht, glaube Peru protestiren und erklären zu müssen, daß es für seinen Theil seine Unabhängigkeit und seine Freiheit bis aufs Neuerste vertheidigen werde.

Nach dem „Diario Espanol“ soll General Sancha zum Civil- und Militär-Gouverneur der Insel San Domingo ernannt werden.

Eine Privat-Correspondenz des „Moniteur“ aus New-York stellt heute die militairische wie die finanzielle Lage des Nordens in ein günstigeres Licht, als dies bisher von den meisten französischen Blättern bekannt gemacht.

Die Lemberger k. k. Polizei-Direktion hat nachstehende Kundmachung erlassen:

Seit einiger Zeit ergeben an das hiesige Publikum Aufforderungen den 10. d. Mts. in demonstrativer Weise zu feiern.

Die Nichtteilnahme an der Sperrung der Kauf- und Illumination wird sogar mit unangenehmen Folgen bedroht.

Indem man mit Berufung auf die Kundmachung vom 6. April 1861 §. 2036 erinnert, daß alle demonstrativen Handlungen untersagt sind, wird zugleich

ihrer Kundmachung vom 6. d. M. zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, dann zum Schutz der Personen und des Eigenthums, die umfassendsten Vorkehrungen treffen, und gegen Ruhesörer mit der vollen Strenge des Gesetzes einzuschreiten wird.

Lemberg, am 8. Oktober 1861.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der von Sr. Excellenz dem Hrn. Staatsminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. d. M. vorgelegte Entwurf eines Preßgesetzes lautet:

Preßgesetz

vom 6. April 1861 §. 2036 erinnert, daß alle demonstrativen Handlungen untersagt sind, wird zugleich ihrer Kundmachung vom 6. d. M. zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, dann zum Schutz der Personen und des Eigenthums, die umfassendsten Vorkehrungen treffen, und gegen Ruhesörer mit der vollen Strenge des Gesetzes einzuschreiten wird.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die mit Unserem Patente vom 27. Mai 1852 eingeführte Presordnung wird sammt den darauf bezüglichen Nachtragsbestimmungen aufgehoben und es soll künftig der Gebrauch der Presse nur durch das gegenwärtige Preßgesetz und die bestehenden Strafgesetze, soweit sie nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen eine Abänderung erleiden, geregt werden.

Unsere Behörden, der Reichsrath und die Landsäder und dem Herzogthümer Krakau, das lombardische Österreich unter und ob der Enns, den Herzogthümer Ober- und Niederschlesien, Steiermark, Kärnten, Krain, Salzburg und Bukowina, die Markgrafschaft Mähren, die gefürstete Grafschaft Tirol, das Land Vorarlberg, die gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska, die Markgrafschaft Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Sagen Sie Deak und den anderen Freunden, sie sollen die Gewalt, die sie über die öffentliche Meinung haben, nicht ungenutzt lassen bis der Sturm so laut wird, daß man ihre Stimme nicht hört, wie man die meine im Jahre 1848 nicht hören wollte. Wenn der bestehende Adel nicht an der Seite der Bewegung bleibt, die alle Seiter ergrieffen hat, wird Ungarn von der Emigration in ein Blutbad gelegt dann verrathen und verkauft.

§. 2. Das Recht zur Erzeugung, zur Herausgabe, zum Verkauf periodischer Druckschriften, die Sicherheitsbehörde sind bezüglich derjenigen Druckschriften, die sie in ihrem gesetzlichen Wirkungskreis veröffentlichten, an die Bestimmungen dieses Preßgesetzes nicht gebunden.

§. 3. Das Recht zur Erzeugung, zur Herausgabe, zum Verkauf periodischer Druckschriften und zum Verbrechen mit denselben wird durch die Gewerbegezege gesteuert.

Ungebrägk kann die politische Landesstelle den Verkauf periodischer Druckschriften, die Sicherheitsbehörde des östlichen Habsburg war vielleicht nicht glücklich, doch auch einen ungünstigen Eindruck tragen, erzeugen, trennen sich aber Gatten, haben beide keine Nachkommen, keine Zukunft zu bezeichnenden Bezirk auf Widerruf bewilligen.

Gegen Buchdrucker, Buchhändler und andere Inhaber eines der im §. 16, §. 1, der Gewerbeordnung

nung vom 20. December 1859 aufgezählten Gewerbe eintritt, erlegt und der Erlag rechtzeitig ausgewiesen wird, mit der Herausgabe der periodischen Druckschrift kann die Entziehung der Gewerbsberechtigung außer jenen Fällen, in welchen dieselbe nach den allgemeinen Straf- und Steuergesetzen in Vollziehung von Straf-erkenntnissen Platz zu greifen hat, fürs Künftige nur dann verhängt werden, wenn der Gewerbetreibende a) wegen des Inhaltes einer von ihm gewerbemäßig erzeugten, verlegten oder verbreiteten Druckschrift eines Verbrechens, oder wenn derselbe aus Anlaß einer solchen Schrift nach den allgemeinen Grundzügen des Strafgesetzbuches, oder wegen Vernachlässigung der pflichtmäßigen Obsorge und Aufmerksamkeit innerhalb des Beitraumes von 2 Jahren dreimal eines Vergehens oder einer Uebertretung schuldig erkannt;

b) wenn derselbe nicht wegen des Inhaltes einer Druckschrift, sondern wegen einer anderen im § 7 der Gewerbeordnung vom 20. December 1859 erwähnten Handlung verurtheilt worden ist.

Die Entziehung des Gewerbebefugnisses darf jederzeit nur innerhalb drei Monaten vom Eintritte der Rechtskraft des letzten, dieselbe bedingenden Erkenntnisses an gerechnet und zwar in den im Absatz b) bezeichneten Fällen sowohl für eine bestimmte Zeit, als auch für immer; in den Fällen des Absatzes a) hingegen in der Regel nur für die Dauer eines Jahres, dann aber für immer ausgesprochen werden, wenn die in jenem Absatz festgestellten Voraussetzungen bei einem der gedachten Gewerbetreibenden eintreten, über welchen die zeitliche Entziehung der Gewerbekonzession schon einmal verhängt wurde.

§. 3. Alles, was in diesem Gesetze bezüglich der Druckschriften angeordnet wird, hat nicht blos für die Erzeugnisse der Druckerpress, sondern auch für alle durch was immer für mechanische oder chemische Mittel vervielfältigte Erzeugnisse des Geistes und der bildenden Kunst (literarische und artistische Werke) zu gelten.

§. 4. Als eine periodische Druckschrift ist jene anzusehen, welche wenigstens einmal im Monate, wenn auch in ungleichen Zeitschnitten erscheint.

Darunter sind jedoch in Lieferungen erscheinende Werke nicht begriffen.

Als zugehöriger Bestandtheil eines Blattes oder Heftes ist jede Beilage anzusehen, die mit demselben gleichzeitig ausgegeben, und nicht abgesondert im Pränumerationsweg veräußert wird.

Dagegen müssen in Ansehung aller Blätter, welche sich ihrem Inhalte nach als selbständige periodische Druckschriften darstellen und im Pränumerationswege abgesondert veräußert werden, die für das Erscheinen periodischer Druckschriften gesetzlich vorgezeichneten Bedingungen auch dann abgesondert erfüllt werden, wenn sie in der Form von Beilagen einer anderen periodischen Druckschrift, oder mit demselben Titel ausgegeben werden, unter welchem diese erscheint.

Zweiter Abschnitt.

Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Preissachen.

§. 5. Auf jeder Druckschrift muß nebst dem Druckorte der Name der Druckers und der des Verlegers oder Herausgebers angegeben werden.

Bon dieser Verpflichtung findet eine Befreiung nur rückstichtig solcher Erzeugnisse der Presse Statt, welche lediglich den Bedürfnissen des Gewerbes und Berlebres, oder des häuslichen und geselligen Lebens zu dienen bestimmt sind, wie: Formulare, Preiszettel, Visitenkarten usw.

Jedes Blatt (Nummer) oder Heft einer periodischen Druckschrift hat überdies auch den Namen wenigstens eines verantwortlichen Redacteurs zu enthalten.

Die Nichtbeachtung der in diesem Paragraphen vorgezeichneten Vorschriften ist an dem Drucker (Geschäftsführer der Druckerei) und sonst Schuldragenden als Uebertritung mit 20 bis 200 fl., eine wissenschaftlich falsche Angabe aber ist an diesen Personen als Vergehen mit der erwähnten Geldstrafe und überdies mit Arrest von einer Woche bis zu einem Monate zu bestrafen.

§. 6. Wer eine periodische Druckschrift herauszugeben beabsichtigt, hat dieses dreißig Tage vor Beginn der Herausgabe dem Staatsanwalte und der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde des Bezirkes, in welchem der Ort der Herausgabe gelegen ist, anzuzeigen.

Diese Anzeige hat Folgendes zu enthalten:

1. Die Bezeichnung (den Titel) der periodischen Druckschrift, die Zeitschnitte ihres Erscheinens und einen Überblick (Programm) der Gegenstände, welche zu behandeln bestimmt ist.
2. Die Namen und Wohnorte der Redacteure, welche auf dem Blatte genannt werden sollen, nebst der Nachweisung, daß ihre Eigenschaften und Verhältnisse den im §. 8 dieses Gesetzes vorgezeichneten Bedingungen entsprechen.

3. Die Namen und Wohnorte des Verlegers und Druckers, sowie den Namen des Herausgebers, wenn ein solcher insbesondere eintritt.

Dritt während der Herausgabe einer periodischen Druckschrift in einem dieser Punkte eine Veränderung ein, so ist hiervon in der Regel noch vor der weiteren Herausgabe, wenn aber die Veränderung eine unvorhergesehene ist, binnen drei Tagen die Anzeige an die genannten Behörden zu machen.

Sind die in der Anzeige über die bevorstehende Hinausgabe einer periodischen Druckschrift enthaltenen Angaben und Nachweise unvollständig oder nicht genügend, so ist der Anzeiger unter Hinweisung auf die Bestimmung des §. 7 zur Ergänzung aufzufordern;

findet dagegen die Sicherheitsbehörde den Ausweis vollkommen entsprechend, so setzt sie den Anzeiger hierin in Kenntnis und weist ihn, wenn die Verpflichtung zur Kautionsleistung eintritt, zum Erlage derselben an, über dessen Vollzug er sich acht Tage vor Beginn der Herausgabe bei dem Staatsanwalte und der Sicherheitsbehörde auszuweisen hat.

Wird binnen 30 Tagen von Seite der Sicherheitsbehörde über die geschahene Anzeige nichts versucht, so kann, falls die Kautions, wo die Verpflichtung dazuschrifft, für welche keine Kautions erliegt, eine Verurteilung durch Personen, welche nicht mit einem hiesig-

heilung zu Geldstrafe und Kostenersatz erfolgt und von der Sicherheitsbehörde besonders ausgestellten Erlaubnischeine versehen sind, ist verboten.

Ebenso ist das Aushängen oder Anschlagen von Druckschriften in den Straßen oder an anderen öffentlichen Orten ohne besondere Bewilligung der Sicherheitsbehörde untersagt.

Dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf die Kundmachungen von rein örtlichem oder gewerblichem Interesse, als: Theaterzettel, Ankündigungen von öffentlichen Lustbarkeiten, von Vermietungen, Verläufen u. dgl. Doch dürfen auch solche Ankündigungen nur an den Bogen im Druck vertragen, wenigstens vierundzwanzig Stunden vor der Ausheilung oder Versendung bei der Sicherheitsbehörde des Ausgabortes und an Orten, wo der Staatsanwalt seinen Sitz hat, auch bei diesem ein Exemplar zu hinterlegen.

Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift ist am Drucker als Uebertritung mit einer Geldstrafe von 10 bis 100 fl. zu ahnden.

§. 7. Wird mit der Herausgabe einer periodischen Druckschrift vor dem Erlage der Kautions oder ohne ausdrückliche Zustimmung der Sicherheitsbehörde vor Ablauf der Frist von 30 Tagen begonnen; oder wird dieselbe angefangen, ohne daß den Bedingungen des §. 6 genügend entsprochen ist und obgleich die Sicherheitsbehörde den Anzeiger darauf aufmerksam gemacht hat, so sind der Herausgeber, Verleger, Redacteur und Drucker, so weit ihnen ein Verschulden zur Last fällt, eines Vergehens schuldig, welches mit einer Geldstrafe von 50—500 fl. zu ahnden ist.

Wurden in der Anzeige falsche Angaben gemacht und ist darauf die Herausgabe der periodischen Druckschrift begonnen worden, so sind die oben angeführten Personen, sofern ihnen die Falschheit der Angaben bekannt war, eines Vergehens schuldig und nebst der obenerwähnten Geldstrafe mit Arrest von einer Woche bis zu einem Monate zu bestrafen.

Dieselben Strafen sind zu verhängen, wenn die vorgeschriebene Anzeige über eine während der Herausgabe eingetretene Veränderung fälschlich oder nicht binnen der im §. 6 bezeichneten Frist erstattet wird.

Zugleich kann die Sicherheitsbehörde die Herausgabe der Druckschrift bis zur Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen einstellen.

Eine gegen die Einstellung erhobene Beschwerde hat keine ausschließende Wirkung.

§. 8. Verantwortlicher Redacteur einer periodischen Druckschrift kann nur ein österreichischer Staatsbürger sein, welcher am Orte ihres Erscheinens wohnhaft und im Vollgenuss seiner bürgerlichen Rechte ist.

Zur Führung der verantwortlichen Redaktion einer periodischen Druckschrift sind jene als gesetzlich unfähig zu betrachten, welche eines Verbrechens oder eines aus Gewinnlucht begangenen, oder die öffentliche Sittlichkeit verletzenden Vergehens, oder einer solchen Uebertretung schuldig erklärt worden sind.

§. 9. Zum Erlage einer Kautions ist jeder Herausgeber einer periodischen Druckschrift verpflichtet, welche sei es auch nur nebenher, die politische Tagesgeschichte behandelt, oder politische, religiöse oder sociale Fragen bespricht. Für amtliche Blätter ist jedoch keine Kautions erliegt.

Die Entscheidung über die Verpflichtung zum Erlage einer Kautions steht bei erhobenem Einpruch der Druckschriften darstellen und im Pränumerationswege abgesondert veräußert werden, die für das Erscheinen periodischer Druckschriften gesetzlich vorgezeichneten Bedingungen auch dann abgesondert erfüllt werden, wenn sie in der Form von Beilagen einer anderen periodischen Druckschrift, oder mit demselben Titel ausgegeben werden, unter welchem diese erscheint.

§. 10. Der Betrag der Kautions wird für periodische Druckschriften, welche an Orten mit mehr als zweitausend Einwohnern, oder in deren Umgebung bis zur Entfernung von zwei Meilen erscheinen, mit achttausend Gulden; an Orten mit mehr als dreißigtausend Einwohnern oder in deren Umgebung bis zur Entfernung mit sechstausend Gulden; an allen übrigen Orten mit viertausend Gulden bestimmt. Für solche periodische Druckschriften jedoch, welche nicht öfter als dreimal in der Woche erscheinen, ist nur die Hälfte der eben erwähnten Kautionsbeträge zu erlegen.

Der Erlag hat bei den durch besondere Vorschriften bezeichneten Fällen in barem Gelde oder in auf Überbringer lautenden verzinslichen österreichischen Staatschuldverschreibungen, nach dem Börsenkurse des Erlags-tages berechnet, zu geschehen.

Die Kautions ist nicht vor Ablauf von sechs Monaten nach dem Aufhören des Erscheinens der Druckschrift, für die sie bestellt wurde, und nur gegen die Bestätigung des Staatsanwaltes zurückzustellen, daß aus Anlaß der Herausgabe jener Druckschrift weder eine Untersuchung anhängig, noch ein Strafverfolg oder Kostenersatz rückständig sei.

§. 11. Die Kautions unterliegt ganz oder zum Theile dem Verfall und haftet für alle aus Anlaß der Herausgabe der periodischen Druckschrift, für die sie bestellt wurde, in Folge Strafverhale zu bezahlenden Geldstrafen und Kosten des Strafverfahrens, auch dann wenn der Erleger der Kautions für seine Person nicht strafbar befunden wurde.

§. 12. Wenn die Kautions durch die Vollziehung eines Strafverfahrens verhindert worden ist, so haben sich im ersten Falle der Herausgeber, im letzteren aber die Verurtheilten binnen drei Tagen nach eingetretener Rechtskraft des Strafverfahrens bei dem Staatsanwalte und der Sicherheitsbehörde auszuweisen, daß der Erlag des Strafverfahrens liegt dem Staatsanwalte ob, die Zahlung aus den, als Kautions erliegenden Wertpapieren zu veranlassen und zu diesem Ende, wenn die Kautions bis zum erforderlichen Betrage börsmäßig veräußert zu lassen.

§. 13. Von jedem einzelnen Blatte oder Heft einer periodischen Druckschrift hat der Drucker zugleich mit dem Beginne der Ausheilung oder Versendung, von jeder andern Druckschrift aber welche nicht unter die Ausnahme des §. 5 fällt und nicht mehr als fünf Bogen im Druck beträgt, wenigstens vierundzwanzig Stunden vor der Ausheilung oder Versendung bei der Sicherheitsbehörde des Ausgabortes und an Orten, wo der Staatsanwalt seinen Sitz hat, auch bei diesem ein Exemplar zu hinterlegen.

Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift ist am Drucker als Uebertritung mit einer Geldstrafe von 10 bis 100 fl. zu ahnden.

§. 14. Von jeder im Inlande ausgelegten und zum Verkaufe bestimmten Druckschrift, insofern sie nicht unter die im §. 5 erwähnten Ausnahmen fällt, ist von dem Verleger an das Staatsministerium, an das Polizeiministerium, an die k. f. Hofbibliothek und an jede Universitäts- oder Landesbibliothek, welche durch besondere Kundmachung in jedem Verwaltungsgebiete als hierzu berechtigt bezeichnet wird, je ein Pflichtexemplar zu überreichen. Von jeder periodischen Druckschrift ist überdies ein Pflichtexemplar an den Chef des Verwaltungsgebietes, in welchem die Druckschrift erscheint, einzufinden.

Die Zustellung dieser Pflichtexemplare, welche die Portofreiheit genießt, hat die periodischen Druckschriften in den regelmäßigen Zeitschnitten ihres Erscheinens, bei anderen Druckschriften aber binnen längstens acht Tagen von der Ausgabe der Schrift an gerechnet zu geschehen, und es werden bei Druckwerken von besonderer kostspieliger Ausstattung die wirklich begangenen Pflichtexemplare mit dem nach besonderer Anordnung zu ermäßigenden Preise vergütet werden.

Für die Ablieferung der Pflichtexemplare von Druckschriften, auf welchen der wirkliche Verleger nicht genannt ist, haftet der Drucker.

Die Nichtbeachtung der diesfälligen Vorschrift wird an dem Schuldragenden als Uebertritung mit einer Geldstrafe von 5 bis 50 fl. geahndet, deren Erlag jedoch von der Pflicht zur Ablieferung des Exemplares nicht befreit.

§. 15. Sowohl der Herausgeber als der Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, jede amtliche Berichtigung von darin mitgetheilten Thatsachen an der Spitze des ersten nach Empfang der Berichtigung erscheinenden Blattes oder Heftes kostenfrei aufzunehmen. Andere Berichtigungen von Thatsachen müssen auf Verlangen der Berichtigten ebenfalls in dem nach gestelltem Begehren zunächst erscheinenden Blatt oder Heft der periodischen Druckschrift, in welcher sie mitgetheilt waren, u. s. w. sowohl bezüglich des Ortes der Einreichung, als auch bezüglich der Schrift (Exemplar) erfolgen.

§. 16. Sowohl der Herausgeber als der Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, jede amtliche Berichtigung von darin mitgetheilten Thatsachen an der Spitze des ersten nach Empfang der Berichtigung erscheinenden Blattes oder Heftes kostenfrei aufzunehmen. Sie gerichtet sind, nicht übersteigt. Im entgegengesetzten Falle sind für das Weiter die üblichen Einräumungsgebühren zu entrichten.

Wird die Aufnahme einer Berichtigung verweigert, so ist dieselbe durch den Staatsanwalt zu erwirken, welcher bei fortgesetzter Weigerung nötigenfalls das Erscheinen der periodischen Druckschrift bis zur Erfüllung der Verpflichtung durch die Sicherheitsbehörde einzustellen berechtigt ist. (§. 11.)

Die gegen den staatsanwaltschaftlichen Auftrag zur Aufnahme einer Berichtigung an den Oberstaatsanwalt ergriffene Beschwerde hat keine ausschließende Wirkung.

§. 17. Verfügungen und Erkenntnisse der Strafsachen, welche in Folge einer wegen des Inhaltes einer periodischen Druckschrift eingeleiteten strafgerichtlichen Untersuchung erlossen sind, müssen von dem Herausgeber oder Redakteur dieser Druckschrift auf Verlangen des Staatsanwaltes oder Privatklägers in dem nächsten Blatte oder Heft unentgeltlich, u. z. auf der ersten Seite desselben aufgenommen werden. Aber auch außer dem obenerwähnten Falle ist sowohl der Herausgeber als der Redakteur jeder periodischen Druckschrift verpflichtet, richterliche Verfügungen oder Erkenntnisse und andere amtliche Erlasse, welche ihm zur Veröffentlichung erlassen wurden, in gleicher Weise, jedoch nur gegen Vergütung der üblichen Einräumungsgebühren aufzunehmen, und es ist deren Aufnahme im Falle der Verweigerung durch den Staatsanwalt in der in §. 15 angegebenen Weise zu erwirken.

Dem Abdruck folgender amtlich mitgetheilten Schriften und der erwähnten verzinslichen österreichischen Staatschuldverschreibungen, nach dem Börsenkurse des Erlags-tages berechnet, zu geschehen. Gestern Abend 5 Uhr war zu Ehren der Anwesenheit Ihrer Majestät der Königin Witwe Marie von Sachsen bei ihrer Kaiserin Hoheit der Frau Erzherzogin Sophie ein Festdiner, an welchem das Majestät der Kaiser, dann die sämtlichen hier anwesenden Herren Erzherzoge und Frauen Erzherzoginnen Theil nahmen.

Begründet der Inhalt einer solchen Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist der Verbreiter noch überdies nach dem dritten Abschnitte des gegenwärtigen Pressegesetzes dafür verantwortlich.

§. 18. Wer eine Druckschrift ungeachtet des durchrichterlichen Erkenntniss ausgesprochenen, gehörig kundgemachten Verbotes oder wer wissenschaftlich eine mit Beschlag belegte Druckschrift weiter verbreitet oder deren Inhalt durch den Druck veröffentlicht, macht sich eines Vergehens schuldig und ist mit einer Geldstrafe von 50—500 fl. im Wiederholungsfalle aber überdies mit Arrest von einer Woche bis zu drei Monaten zu bestrafen.

Begründet der Inhalt einer solchen Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist der Verbreiter noch überdies nach dem dritten Abschnitte des gegenwärtigen Pressegesetzes dafür verantwortlich.

§. 19. Die Strafbarkeit der Vergehen und Uebertritten, welche gegen die in diesem Abschnitte enthaltenen Bestimmungen begangen werden, erlischt, sofern das Strafgesetz nicht eine kürzere Verjährungszeit festsetzt, in sechs Monaten von dem Tage gerechnet, an welchem das Vergehen oder die Uebertritung begangen, oder das eingeleitete Verfahren unterbrochen und nicht weiter fortgesetzt worden ist.

(Fortsetzung folgt.)

Österreichische Monarchie.

Wien, 10. October. Se. k. k. Apostolische Majorat haben mit der Ueberhöchsten Entschließung vom 17. August d. J. den durch das Hagelwetter am 6.

Juli d. J. betroffenen elf Dörfern des Bezirkes Oberhollabrunn eine Geldunterstützung von viertausend Gulden allernächst zu bewilligen geruht.

Gestern Abend 5 Uhr war zu Ehren der Anwesenheit Ihrer Majestät der Königin Witwe Marie von Sachsen bei ihrer Kaiserin Hoheit der Frau Erzherzogin Sophie ein Festdiner, an welchem das Majestät der Kaiser, dann die sämtlichen hier anwesenden Herren Erzherzoge und Frauen Erzherzoginnen Theil nahmen.

Bur Reise des Grafen Beckberg nach Triest schreibt die W. C.: Die mannsfachen Erklärungsgründe für die Reise des Grafen Beckberg nach Triest, welchen wir in öffentlichen Blättern begegnen, entnehmen, wie wir vernehmen, gleich sehr jedes thatlichen Inhalts. Weder hat es sich darum gehandelt, dem Baron Hübner den Botchafterposten in Rom anzutragen, noch darum, Vorkehrungen gegen die etwaige Invasion der ungarisch-italienischen Legion zu treffen, welche in diesem Augenblick um nichts wahrscheinlicher ist, als seit Monaten. Auch die angeblichen Unterhandlungen mit der Pforte wegen dieser Legion sollen gänzlich aus der Lust gegriffen sein.

Am 8. d. M. Vormittags traf Se. Excellenz der Herr Staatsminister mit dem Postzuge der Westbahn von Wien in Salzburg ein, um einige Tage dort zu zubringen.

Der Herr Unterstaatssekretär im Ministerium des Leitern, Herr Baron von Koller, ist gestern nach Berlin abgereist.

Die gräßliche Foggach'sche Familie beabsichtigt auf ihre Güter eine gemeinschaftliche Anteile aufzunehmen. Wie es heißt, hat ein Berliner Bankier die nötigen Fonds zur Verfügung gestellt. Damit wäre allerdings die lebhaft unternommene Reise des Grafen Foggach motivirt.

Der Internuntius Herr Baron von Prokesch-Osten wird nächste Woche nach Konstantinopel abgehen. Gestern hatte derselbe eine Besprechung mit dem Herrn Minister des Außen, Grafen v. Beckberg.

Herr Kapy von Kapivar ist zum Administratator des Pester Komitates ernannt und hat den Eid in die Hände Sr. Majestät des Kaisers geleistet. Der erbliche Obergärtner des Pester Komitates ist der jetzige Palatin von Ungarn, und da es seine Stellung ihm meistens unmöglich mache, als Obergärtner zu functionieren, so war die Komitatsverwaltung fast immer einem Stellvertreter übertragen. Nachdem nun Graf Carolyi als solcher abdiktirt hat, ist Herr von Kapy gewissermaßen an dessen Stelle getreten und hätte

Amtsblatt.

3. 8356. **Kundmachung** (3193. 2-3)

Behufs der Sicherstellung des Ausbaues eines Tri-
vialschul-Gebäudes in Cieżkowice um den adjustirten
Kosten-Betrag von 6793 fl. 3 kr. ö. W. d. i. Sechs
Tausend Siebenhundert Neunzig Drei Gulden 3 kr. ö.
Währ. wird am 21. October 1861 in der Cieżkowic-
wicer Magistrats-Kanzlei eine öffentliche Licitation derart
abgehalten werden, daß bis 3 Uhr Nachmittag schriftliche
Offerthen übernommen werden, worauf sodann die nün-
dliche Versteigerung im Herabminderungswege beginnen
wird.

Das Badium beträgt 340 fl. ö. W. und muß vom
Ersteher bei Contractsabschluße bis 10% der Erstheungs-
preise ergänzt werden.

Die näheren Licitations-Bedingnisse können in der
Bezirksamtskanzlei, oder aber in der Cieżkowicor Ma-
gistrats-Kanzlei eingesehen werden.

Zu dieser Verhandlung werden hiemit alle Unterneh-
mungslustige eingeladen.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Neu-Sandez, am 26. September 1861.

3. 12760 ex 1860. **Edict.** (3201. 2-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird hiemit be-
kannt gemacht, es sei Abraham Fischlowicz am 9ten
September 1859 zu Krakau ohne Hinterlassung einer
leichtwilligen Anordnung gestorben.

Da dem Gerichte der Aufenthalt des Lazar Fisch-
lowicz ferner des Hirsch Goldberg und des Meilach
Goldberg unbekannt ist, so werden dieselben aufgefordert, sich binnen einem Jahre von dem unten gesetzten
Lage an, bei diesem Gerichte zu melden, oder einen Bevoll-
mächtigten zu bestellen, widrigenfalls die Verlasseenschaft
mit den sich meldenden Erben und dem für sie aufgestellten
Curator Hrn. Advokaten Dr. Geissler abgehandelt wer-
den würde und der ihnen gehörende reine Nachlaß bis
zum Beweise ihres Todes oder ihrer erfolgten Todester-
klärung für sie bei Gerichte aufbewahrt werden würde.

Krakau, am 23. September 1861.

N. 1690. **Kundmachung.** (3184. 2-3)

Zur Sicherstellung der Bespeisung den hiesigen Arre-
stanten für die Zeit vom 1. November 1861 bis dahin
1862 wird die Licitation auf den 24. October 1861
um 9 Uhr Vormittags ausgeschrieben, welche in den
hierergerichtlichen Amtskanzleien unter den in der Registra-
tur einzuführenden Licitationsbedingnissen abgehalten wer-
den wird.

Zu welcher Licitation die Unternehmungslustige, ver-
sehen mit dem Badium von 200 fl. ö. W. zum Bei-
tritt eingeladen werden.

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte.

Wieliczka, am 5. October 1861.

N. 2114. **Edikt.** (3205. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Kalwarii
zawiadamia masę leżącą po Samuela Scharf i
domniemanych jego spadkobierców lub następców
w prawie, że przeciw nią p. Wojciech Brandys, właściwie dób Kalwaria pod dniem 16. Wrze-
śnia 1861 do L. 2114 pozew wniosł i o orzecze-
nie prosił, ażeby zawarta z Samuelem Scharf pod
dniem 27. Sierpnia 1855 umowa co do szynko-
wania likieru, śliwicy, araku i esencji za zie-
sioną uznana została, i że w skutek tego pozwu
wyznaczona jest audyencya sądowa na dzień 23.
Października 1861 godzinę 10tę rano, do po-
stępowania ustnego.

Gdy postępowanie spadkowe po p. Samuelu
Scharfie nie jest ukończone i imiona, nazwiska
i miejsce pobytu domniemanych spadkobierców
lub prawnabyców nie jest wiadome, przeto c. k.
Sąd powiatowy w celu zastępowania pozwanego,
jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże
p. Bernarda Nebenzoll kuratorem nieobecnych
ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy
postępowania sądowego przeprowadzony będzie.

Poleca się zatem pozwanym, ażeby na powyż-
szej audyencyi albo sami stanęli, lub też potrzebne
dokumenta ustanowionemu dla nich następcy udzie-
lili, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i
o tem c. k. Sądowi powiatowemu doniesli w ogóle
zas aby wszelkich możliwych do obrony środków
prawnych użyły, w razie bowiem przeciwnym wy-
nikle z zaniedbania skutki sami sobie przypisać
by musieli.

Kalwaria, dnia 21. Września 1861.

L. 4289. **Edikt.** (3196. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Rzeszowski czyni niniejszym wiadomo, że p. Stanisław Wandalin hr. Min-
szczy przeciw: 1. Antonemu Kleczyńskiemu, 2.
masie spadkowej Raymunda Zachorowskiego, 3. p.
Karolinie z Zachorowskich Hebanowskiej, 4. p.
Emilii Zachorowskiej, 5. p. Zenonowi Zachorow-
skiemu, 6. p. Janowi Kantomu Dybowskemu, 7.
masie spadkowej Antoniego Józefa dwojga imion
Spadwińskiego, 8. p. Rozalii z Szybińskich 1go
małż. Witowskiej 2go Spadwińskiej, 9. funda-
cy stypendijnej Spadwińskiego na wychowanie
jednego młodzieńca, 10. fundacyi Spadwińskiego
szpitalu w Rohatynie dla 3 ubogich mężczyzn i
3 ubogich kobiet, 11. fundacyi Spadwińskiego dla
dwóch podupadłych rodzin w Rohatynie, 12. p.
Kaźmierzowi Pawłowskiemu, pozew o extabulacye
sum 1167 złp. 22 gr., 21572 złp., 21578 złp.
136326 złp. z pozycyami odnoszącymi się, nad-
cięzarami i adnotacyjami ze stanu biernego dobr.

Ulanowa z przyległościami, dóbr Przedzela z przy-
legościami i dóbr Chyrowa z przyległościami dn.
29. Lipca 1861 do L. 4289 wytoczył, w skutek
którego pozwu do ustnej rozprawy termin na
27. Listopada 1861 o godzinie 9tej przedpo-
łudniem wyznaczony, a dla Antoniego Kleczyń-
skiego z pobytu i życia niewiadomego i w razie
jego śmierci dla jego spadkobierców niewiadom-
nych, dla masy spadkowej Raymunda Zachorow-
skiego, dla Jana Kantego Dybowskiego z pobytu
i życia niewiadomego i w razie jego śmierci dla
jego spadkobierców niewiadomnych, dla masy spad-
kowej Antoniego Józefa 2ga im. Spadwińskiego,
dla Rozalii z Szybińskich 1go małż. Witowskiej
z miejsca pobytu niewia-
domej i dla Kaźmierza Pawłowskiego z pobytu
i życia niewiadomego i w razie jego śmierci jego
spadkobiercom niewiadomym kurator w osobie p.
adwokata Lewickiego z substytucją p. adwokata
Reinera postanowiony został.

O tem uwiadamia się zapozwanych z życia i
miejsca pobytu niewiadomych z tem wezwaniem,
ażeby na oznaczonym terminie albo sami stanęli,
albo potrzebne dokumenta ustanowionemu zastępcy
udzielili, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i
o tem tutejszemu sądowi doniesli, w razie bowiem
możnych do obrony środków prawnych użyły,
wrazie bowiem przeciwnym wynikle z zaniedbania tego
skutki sami sobie przypisać musieli.

Rzeszów, dnia 2. Sierpnia 1861.

L. 15977. **Edikt.** (3140. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia nio-
najszym edyktom p. Emeryka Pangratza, Ferdynanda Poppela i Józefa Schäfera
do życia i miejsca pobytu niewiadomych, a w razie ich śmierci spadkobierców onychże co
do życia i miejsca pobytu niewiadomych, że prze-
ciw nim i p. Józefowi Cohn, Süssmanowi Pfau,
Józefowi Brühl czyli Brüll i p. Ernestynie Brühl,
p. Zeliszowski Bobrowski, Stanisław Białobrzeski,
Adam Dunin Brzeziński w imieniu własnym, oraz
jako ojciec małoletniej Felicyi Brzezińskiej, Feliks
Brzeziński, Krystyna z Brzezińskich bar. Horo-
chowa, Pelagia z Brzezińskich Morelowska w imie-
niu własnym, oraz jako matka i opiekunka mało-
letnich Stanisława, Ludwika i Juliusza Morel-
owskich i Maryanna z Morelowskich Onyszkiewicz
na dobrych Kawęcinach z przyleg. oraz na sumie
Die Brutto-Ginnahme im September 1860 (Betriebs-
strecke von 28 Meilen) betrug 172043 26

* Außerdem wurden 12,816 Zoll-Gtr. div. Regie-Güter ohne
Anrechnung der Frachtgebühr befördert.

Wien, am 1. October 1861.

Von der k. k. galiz. Karl-Ludwig-Bahn.

Ausweis

über die Betriebs-Ginnahmen der k. k. privileg. galiz.

Karl-Ludwig-Bahn.

Betriebsstrecke: 34 1/2 Meilen.

Monat	Personen-Verkehr		Frachten-Verkehr		Zusam.	
	Anzahl der Rei- senden	Dest. Währ.	Zoll. Gentner	Dest. Währ.	Dest. W.	
Sept. 1861	21699	58813 35	337264	161061	4 219912	39
Sept. vom 1. Jänner bis 31.	189188	432159	2 Mill.	1 Mill.	1 Mill.	
August 1861	180188	432159	388309	191520	70 623679	72
Summa	210887	491010 37	205573	352581	74 843592	11

Kraków, dnia 10. Września 1861.

Mr. 3566. **Kundmachung.** (3170. 2-3)

Bei der galizischen k. k. Postdirection ersiegen die im nachstehenden Verzeichnisse aufgeführteten bei den
k. k. Postämtern in Krakau und Bochnia aufgegebenen und als unbefolbar zurückgelangten Fahrrpostsendungen.
Die Aufgeber und sonstigen Parteien, welche einen gegründeten Anspruch auf eine dieser Sendungen
haben, werden aufgefordert, ihren Anspruch längstens binnen drei Monaten vom Tage dieser Kundmachung
um so gewisser geltend zu machen, als nach fruchtloser Verstreichung dieser Frist nach dem §. 31 der Fahrrpos-
tordnung vom 6. Juli 1838 das Amt gehandelt werden wird.

Aufgabsamt	Bestimmungs-Ort	Adressse	Inhalt	Werth	Gewicht	Porto	Tag des Zurück- langens	
							fl.	kr.
1 Krakau	Olmius	J. Löwy	Div.	1 36	— 16	—	17	29./8. 1859
2 " Wien	Kalkanewicz	"	1 —	2	—	38	6./4.	"
3 " Benedict	Kowalik	"	1 —	—	3/4	50	5./6.	"
4 " Innsbruck	Koguczyński	"	1 —	—	1/2	19	8./10.	"
5 " Italien	Max Pavlisin	"	2 —	—	—	31	26./12.	"
6 " Mestre	Gałyska	Sit.	3 —	—	4	19	2./9.	"
7 " Verona	Kordis	B.-N.	1 10	—	—	19	—	"
8 " Wielopole	Jordan	Div.	4 —	—	24	26	26./6.	"
9 " Tarnów	Lewkowitz	B.-N.	4 —	—	—	12	22./6.	"
10 " Tarnopol	Pellersdorf	Div.	20 —	—	2 16	59	27./7.	"
11 " Triest	Kurzrock	B.-N.	15 —	—	3/4	18	4./7.	"
12 " Wien	Kwieciński	"	2 —	—	1/2	33	28./10.	"
13 " Wien	Koczerski	"	2 —	—	—	15	8./9.	"
14 " Wadowiz	Natkania	"	3 —	—	—	17	5./9.	"
15 " Wien	Rosenberg	"	6 —	—	1/2	27	12./10.	"
16 " Lemberg	Lang		21 —	—	1 3/4	38	19./10.	"
17 " Tarczawa	Orlecki	Sch.	5 —	—	6 1/2	28	1./1. 1860	"
18 " Wien	Dwurzak	B.-N.	3 —	—	—	18	17./1.	"
19 " Wesseli	Zwenzsyn	Div.	10 —	—	17 16	5	29./2.	"
20 " Klausenburg	Lissek	E.-M.	2 —	—	1/2	17	15./5.	"
21 " Lgota	Łęckie	Wuchs	500 —	—	1/2	41	6./4.	"
22 " Kielce	Bzg.-Borsicher	Kipf.	— 8 1/2	—	1 3/4	52	5./6.	"
23 " Hława	Koczetzy	B.-N.	3 —	—	1/2	13	17./5.	"
24 " Wadowiz	Ranisz	B.-N.	10 —	—	—	11	17./9.	"
25 " Rzeszów	Szmidziński	Div.	5 —	—	1 3/4			